ZIVIL.COURAGE.WIRKT

Trainings & Ausstellung

Mauthausen Komitee Österreich

ÖGB

GEFÖRDERT DURCH bm:uk UND ÖGB

VORWORT 5

ZIVILCOURAGE 8
- DER BEGRIFF 8
- OTTO EDUARD LEOPOLD VON BISMARCK-SCHÖNHAUSEN 9
- „MUT“ IST EIN BESTANDTEIL DES BEGRIFFS „ZIVILCOURAGE“ 9
- ZIVILCOURAGE IM NATIONALSOZIALISMUS 12
- KURT TUCHOLSKY 12
- SOPHIE SCHOLL 14
- DER FALL RAHEL IDA PLÜER 15
- DER FALL KITTY GENOVESE 16
- FRANCA MAGNANI 17
- WOZU UND WO ZIVILCOURAGE? 17

ROSA PARKS UND DIE AFROAMERIKANISCHE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG 22
- DIE SKLAVEREI WAR ZWAR ABGESCHAFFT 23
- ROSA PARKS 23
- DIE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG IN DEN 1950ER- UND 1960ER-JAHREN 28

FAMILIE LANGTHALER 32

KAROLINE ARRER 36

ENGAGIERTE BÜRGERiNNEN DER GEMEINDE RÖTHIS 40

DANK 42

QUELLEN 43

ZIVIL.COURAGE.WIRKT

VORWORT

ZIVILCOURAGE ist ein oft gebrauchter und vielfach definierter Begriff. Aber was ist Zivilcourage eigentlich, und wie funktioniert sie? Wo sind die Grenzen von Zivilcourage, und wo ist ihr Anfang?

Oft wird Zivilcourage mit Orten des öffentlichen Lebens verbunden. Ein Beispiel dafür ist folgende Situation: Ein Mädchen wird auf der Straße von mehreren männlichen Jugendlichen angegriffen. Eine dritte Person greift ein und hilft dem Mädchen.

Ist es an öffentlichen Orten immer gegeben, dass Menschen helfend eingreifen anstatt weiterzugehen und wegzuschauen? Viele Faktoren beeinflussen die Entscheidung, ob jemand helfend eingreift. In den Medien finden wir tagtäglich Berichterstattungen über Diskriminierung, Ausgrenzung, Gewalt, Rassismus etc. gegen Menschen, die anders sind oder anders denken als die Mehrheit. Solche Handlungen haben viele Gesichter und finden an den verschiedensten Orten statt: in Geschäften, auf der Straße, auf dem Schulhof, am Arbeitsplatz, in der Bahn, im Bus, aber auch innerhalb von Vereinen oder bei anderen Gelegenheiten, wenn Menschen zusammenkommen. Zivilcourage beginnt bereits im Kleinen, nämlich in der Familie und im Freundeskreis. Immer dann, wenn Menschen als anders oder fremd empfunden, ausgegrenzt, verbal verletzt, bedroht oder tätlich angegriffen werden, braucht es Zivilcourage – zivilen Mut – um hinzusehen und einzuschreiten.

AUSNAHMESITUATIONEN DER HANDLUNGSSPIELRÄUME VON ZIVILCOURAGE

Die Verwendung des Wortes Zivilcourage reicht bis ins Jahr 1848 zurück. Die Faktoren, die zu zivilcouragierten Handlungen führen, bleiben immer gleich, die Rahmenbedingungen, innerhalb derer sie stattfinden, verändern sich im Laufe der Zeit. Eine spezielle Situation im Hinblick auf die Handlungsspielräume von Zivilcourage findet sich in autoritären und hoch repressiven Zusammenhängen. So wurden etwa in der Zeit des Nationalsozialismus zivilcouragierte Handlungen, die sehr schnell die eng gesetzten Grenzen des Systems überschritten, zu (politischem) Widerstand gegen das Regime. Solche mutigen Handlungen in einer Zeit, in der die Mehrheit angepasst lebte oder „mitlief", brachten das Risiko mit sich, beschuldigt, verfolgt, entwürdigt, bestraft, gefoltert und sogar ermordet zu werden. Solche Rahmenbedingungen gehören zu den extremsten für den Einsatz von zivilem Mut, denn in einer Atmosphäre der totalen Überwachung und der völligen Rechtsunsicherheit waren das Bedürfnis nach Selbstschutz und Gefühle der Angst verständlich und begründet.

Trotzdem gab es Menschen, die sogar unter solchen Bedingungen Zivilcourage besaßen. Ein Beispiel ist die Heldentat der Familie Langthaler im oberösterreichischen Mühlviertel während der sogenannten „Mühlviertler Hasenjagd" gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Anna Hackl (geborene Langthaler) und ihre Familie versteckten zwei entflohene sowjetische KZ-Häftlinge – und riskierten damit ihr eigenes Leben. Die „Mühlviertler Hasenjagd" war eine grauenvolle Hetzjagd auf rund 500 entflohene sowjetische Häftlinge aus dem Konzentrationslager Mauthausen, bei der auch die Zivilbevölkerung aufgerufen wurde, sich bei der Jagd auf die geflohenen „Schwerverbrecher", wie sie von der SS bezeichnet wurden, zu beteiligen. Viele Menschen folgten dem Aufruf der SS; schreckliche Gräueltaten wurden begangen. Nur wenige versuchten, den geflohenen Häftlingen zu helfen, indem sie beispielsweise Kartoffeln vor die Tür stellten oder Kleidungsstücke für sie draußen aufhängten. Die Familie Langthaler jedoch bewies herausragenden zivilen Mut und rettete zwei geflüchteten Häftlingen das Leben.

ZIVIL.COURAGE.WIRKT

In der Ausstellung „ZIVIL.COURAGE.WIRKT" erzählen wir von mutigen Menschen, die zivilcouragiert gehandelt haben. Ein bekanntes Beispiel ist das der US-Amerikanerin Rosa Parks – einer Frau, die sitzen blieb als andere aufstanden, die sich als „Schwarze" in Zeiten der Rassentrennung weigerte, ihren Sitzplatz einem „Weißen" zu überlassen. So brachte sie einen Stein ins Rollen, und die damit verbundenen Auswirkungen hatten die Aufhebung der Sitzplatztrennung zwischen „schwarzen" und „weißen" Fahrgästen in Bussen zufolge. Rosa Parks wird als die „Mutter" der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung bezeichnet. Auch die Geschichten von Anna Hackl, Karoline Arrer und anderen sind Beispiele für den Einsatz von zivilem Mut. Daneben thematisiert die Ausstellung auch das aktuelle Engagement vieler BürgerInnen der Gemeinde Röthis in Vorarlberg. Diese Menschen, allen voran Karin Vogg und Amrei Rüdisser, haben durch ihr couragiertes Auftreten die Abschiebung der Familie Durmisi in den Kosovo verhindert.

Diese Beispiele ermöglichen einen anschaulichen Einstieg in die Thematik und fließen nahtlos in ein Training der eigenen Fähigkeiten zu zivilcouragiertem Handeln über. Zivilcourage-Trainings sollen dazu beitragen, dass aus unbeteiligten ZuschauerInnen HelferInnen werden.

„NORMALERWEISE HÄTTE SCHON JEMAND EINGREIFEN MÜSSEN!"

Rassismus, Diskriminierung, Gewalt etc. lassen sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Mit kleinen Schritten ist es aber möglich, viel zu erreichen. Nämlich dann, wenn Menschen hinsehen, wenn Unbeteiligte helfend eingreifen, und wenn Opfer nicht ohnmächtig bleiben. Zivilcourage-Trainings tragen zur Sensibilisierung, Förderung und Stärkung sozialer Kompetenzen bei und unterstützen bei der Erarbeitung individueller Handlungsoptionen. Das Mauthausen Komitee Österreich bietet seit Anfang 2010 Zivilcourage-Trainings für Jugendliche an.

Für die Ausbildung unserer Zivilcourage-TrainerInnen haben wir ExpertInnen aus Deutschland eingeladen: Prof. Dr.in Margarete Boos, Dipl.-Psych. Ezequiel Fernandes Castelao und Dipl.Soz.w. Malte Schütt. Margarete Boos hat gemeinsam mit Kai J. Jonas im Jahr 2000 das „Göttinger Zivilcourage-Impulstraining" entwickelt, das sie zunächst mit StudentInnen durchführten. Einige der ersten TeilnehmerInnen arbeiteten an der Weiterentwicklung des Trainings mit, darunter auch Malte Schütt. Das „Göttinger Zivilcourage-Impulstraining" ist seit seiner Entstehung vor zehn Jahren ständig weiterentwickelt worden. In dem von Margarete Boos, Kai J. Jonas und Veronika Brandstätter herausgegebenen Buch „Zivilcourage trainieren! Theorie und Praxis" wird neben zahlreichen Informationen rund um das Thema Zivilcourage und Trainings auch das „Göttinger Zivilcourage-Impulstraining" beschrieben. Für unser Projekt war es eine großartige Bereicherung, in der Ausbildung unserer TrainerInnen und somit in unseren Zivilcourage-Trainings auf das Know-how dieser ExpertInnen zurückgreifen zu können. Mit den Zivilcourage-Trainings wollen wir die Sensibilität für zivilcouragiertes Handeln erhöhen, das eigene Verhaltensrepertoire auf unterschiedlichen Ebenen erweitern sowie Zivilcourage und gesellschaftliche Verantwortung im Gestern und im Heute fördern. Den Jugendlichen werden im Zuge des Zivilcourage-Trainings spezifische Kompetenzen vermittelt, die zu zivilcouragiertem Handeln beitragen – etwa die Sensibilisierung für demokratische Werte und die Förderung sozialer Fähigkeiten. Außerdem wird das Augenmerk auf das Bewusstsein über die persönliche Verantwortung gelegt und die Selbstsicherheit geschult. Um zivilcouragiert handeln zu können, ist es wichtig davon auszugehen, dass die eigene Handlung Wirkung zeigt. Deswegen zielt ein Teil des Trainings auf die Stärkung des Kompetenzvertrauens, das Erkennen von Abwehrmechanismen und den Abbau von sozialen Hemmungen ab. Neben all diesen Zielen bietet ein Zivilcourage-Training auch einen „geschützten Raum", der den Jugendlichen die Möglichkeiten bietet, sich frei zu bewegen, sich zu zeigen, neue Verhaltensweisen auszuprobieren und sich offen zu äußern.

Zivilcourage-Trainings stellen ein Angebot für alle Menschen dar, die ungerechten oder bedrohlichen Situationen entgegentreten wollen.

Nähere Informationen zu den Zivilcourage-Trainings sind unter **www.zivilcourage.at** zu finden.

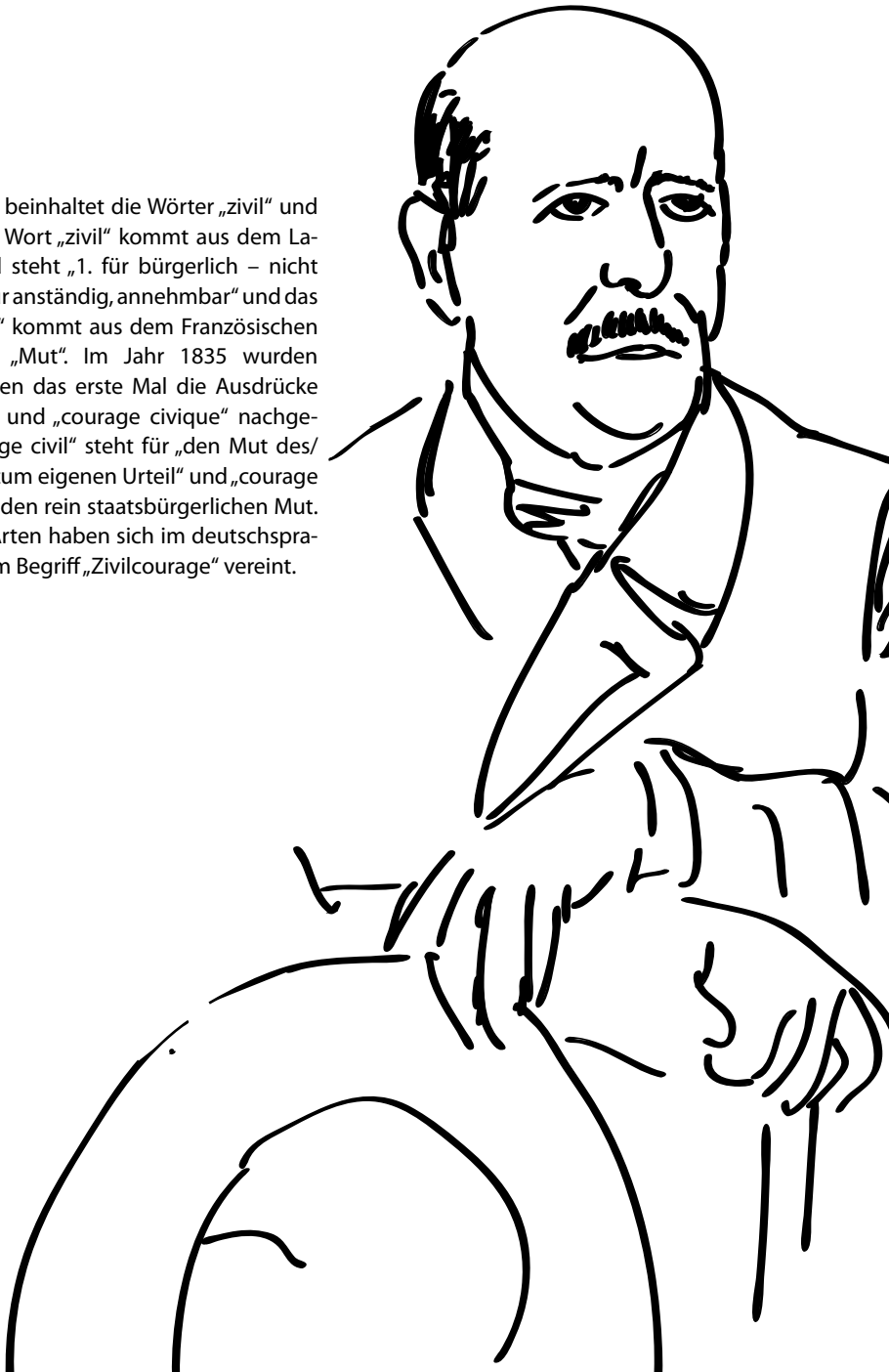
Willi Mernyi
Vorsitzender
Mauthausen Komitee Österreich

Christa Bauer
Projektkoordinatorin

ZIVILCOURAGE

DER BEGRIFF

ZIVILCOURAGE beinhaltet die Wörter „zivil" und „Courage". Das Wort „zivil" kommt aus dem Lateinischen und steht „1. für bürgerlich – nicht militärisch; 2. für anständig, annehmbar" und das Wort „Courage" kommt aus dem Französischen und bedeutet „Mut". Im Jahr 1835 wurden im Französischen das erste Mal die Ausdrücke „courage civil" und „courage civique" nachgewiesen. „Courage civil" steht für „den Mut des/der Einzelnen zum eigenen Urteil" und „courage civique" meint den rein staatsbürgerlichen Mut. Diese beiden Arten haben sich im deutschsprachigen Raum im Begriff „Zivilcourage" vereint.



OTTO EDUARD LEOPOLD VON BISMARCK-SCHÖNHAUSEN (1815–1898)

Der umstrittene Otto von Bismarck, damals Abgeordneter und später Reichskanzler, verwendete den Begriff erstmals im Jahr 1847 in Deutschland. Auslöser dafür war seine Rede, in der er sich entschieden gegen ein Gesetz der Rentenbank aussprach, worauf alle Anwesenden des Preußischen Landtags mit Abneigung reagierten und ihn auspfiffen. In einem späteren Gespräch mit einem älteren Verwandten meinte dieser zu Bismarck: „Du hattest ja ganz recht, aber trotzdem hättest du sowas nicht sagen müssen." Daraufhin entgegnete ihm Bismarck: „Wenn du meiner Meinung warst, hättest du mir beistehen sollen."

Die Erfahrung, in der Politik ganz allein dazustehen und eine Meinung zu vertreten, die zwar auch andere teilten, sich aber nicht trauten, diese zu äußern, traf Bismarck. Später sagte er zu seinem Vertrauten Robert von Keudell:

„Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, dass es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt."

Bismarck sah in der Zivilcourage das bürgerliche Pendant zur militärischen Tugend und Tapferkeit. Er war der Meinung, dass – so wie ein Soldat tapfer sei – der Bürger Zivilcourage besitzen müsse.

Die exakte historische Verwendung des Begriffs Zivilcourage ist noch nicht komplett geklärt worden. Spätestens aber seitdem Bismarck ihn verwendete, ist er bekannt und bis heute gebräuchlich.

Im Duden wird Zivilcourage als „mutiges Verhalten, mit dem jemand seinen Unmut über etwas, ohne Rücksicht auf mögliche Nachteile gegenüber Obrigkeiten, Vorgesetzte oder anderen zum Ausdruck bringt" definiert.

„MUT" IST EIN BESTANDTEIL DES BEGRIFFS „ZIVILCOURAGE" SIND NUN ZIVILCOURAGE UND MUT DASSELBE?

„Mut" wird auf wiktionary.org mit den Bedeutungen „1. Geisteshaltung, bei der Handlungen in einer gefährlichen, kritischen oder waghalsigen Situation energisch und furchtlos ausgeführt werden; 2. Gemütszustand, in dem neue Aufgaben mit Zuversicht begonnen oder fortgeführt werden" erklärt.

Im Gegensatz zu Zivilcourage kann Mut auch für moralisch verwerfliche oder undemokratische Zwecke eingesetzt werden. Zivilcouragiertes Handeln basiert immer auf demokratischen und humanitären Werten. Nicht jede mutige Handlung ist mit Zivilcourage gleichzusetzen: Im zivilcouragierten Handeln ist immer Mut enthalten, aber in mutigen Handlungen ist nicht immer Zivilcourage zu finden.

Es gibt verschiedenste Definitionen des Begriffs Zivilcourage. Gertrud Nummer-Winkler beschreibt den Begriff in „Zivilcourage trainieren! Theorie und Praxis" (von Kai J. Jonas, Margarete Boos und Veronika Brandstätter) folgendermaßen:

„Zivilcourage ist die Bereitschaft zu Handlungen, die persönlichen Mut erfordern und sich inhaltlich auf die Bewahrung/Verwirklichung der normativen Grundlagen rechtsstaatlich demokratisch verfasster Zivilgesellschaften beziehen."

Als „das Auftreten gegen die öffentliche Meinung, mit dem der/die Einzelne, ohne Rücksicht auf sich selbst, soziale Werte oder die Werte der Allgemeinheit vertritt, von denen er/sie selbst überzeugt ist" wird Zivilcourage auf wikipedia.org beschrieben.

Zivilcourage ist sichtbarer Widerstand aus Überzeugung. Bei zivilcouragierten Handlungen geht es um alltägliche Meinungsfreiheit, um das Akzeptieren von Widerspruch, um das Engagement gegen Diskriminierung von Menschen, die sich für Recht und Gerechtigkeit einsetzen und um die Achtung der Menschenwürde.

Gerd Meyer beschreibt in „Zivilcourage lernen. Analysen, Modelle und Arbeitshilfen" folgende Werte, die für zivilcouragiertes Handeln ausschlaggebend sind:

- Menschenwürde
- Freiheit, die freie Entfaltung der Persönlichkeit
- Gleichheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit
- Demokratie, Toleranz, soziale Verantwortung
- Frieden und Völkerverständigung
- Gemeinwohlorientierung, das Wohl aller Beteiligten
- Vermindern von Leid, Abwenden von Schaden, Lindern von Notlagen
- Bewahrung der physischen und psychischen Unversehrtheit/Integrität
- Engagement gegen Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten sowie AusländerInnenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus
- Einsatz gegen psychische und physische Gewalt, gegen gesellschaftliche und politische Repression sowie gegen Autoritarismus und Totalitarismus
- Erfüllung bestimmter Grundbedürfnisse für alle Menschen, insbesondere gegen Hunger, Armut und Krankheit

Werte sind gesellschaftliche Vorstellungen oder Ideale, die immer kulturell und historisch bedingt sind und einer permanenten Anpassung und Wandlung unterliegen.

Für zivilcouragiertes Handeln ist entscheidend, dass Menschen ermutigt und bestärkt werden, eigenständig zu denken! Menschen, die gelernt haben, sich selbst ein Urteil zu bilden, bringen die Fähigkeit mit, die Welt und auch ihre persönliche Situation nüchtern zu betrachten sowie über sich und vor allem die eigenen Wertvorstellungen zu reflektieren.

Zivilcourage kann auf unterschiedlichste Weise zutage treten, unter anderem als „ziviler Ungehorsam". Der Brockhaus beschreibt diesen als „Ausdruck von Zivilcourage". Gertrud Nummer-Winkler dazu in „Zivilcourage trainieren. Theorie und Praxis":

„So geht es in beiden Fällen um öffentliches politisches Handeln, also um eine Orientierung an geteilten Gerechtigkeits- bzw. Moralvorstellungen und nicht an persönlichen Interessen, Wertbindungen oder religiösen Überzeugungen. Nur im Falle von zivilem Ungehorsam aber ist der Staat (als Autor illegitimer Entscheidungen) Adressat des Protestes, während die meisten zivilcouragierten Handlungen sich gegen Normbrüche richten, die von Mitbürgern begangen werden. Dabei geht es dann häufig um weder gesetzwidrige noch aber auch unbedingt gewaltfreie Aktionen. Sofern die Handlung unmittelbar der Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung dient, bedarf es – anders als im Falle von zivilem Ungehorsam – nicht der Gewaltfreiheit, um die eigene Gesetzestreue zu signalisieren. Vielmehr kann der Einsatz von Gewalt (etwa zur Verteidigung Dritter gegen körperliche Angriffe) als (quasi stellvertretende) Notwehr geradezu geboten sein."

In Diskussionen um Zivilcourage wird der Einsatz von zivilem Mut in gewaltfreien Situationen meist vernachlässigt. Doch die Analyse und Förderung von Zivilcourage darf sich nicht nur auf Konflikte oder akute Notlagen, die spontanes Handeln erfordern, reduzieren, sondern muss in allen Bereichen, in denen zivilcouragiertes Handeln nötig ist, gesehen werden.

Das Verhältnis zwischen Zivilcourage, gewaltfreien politischen Aktionen, zivilem Ungehorsam, Protest und Widerstand – wobei die Grenzen besonders im politischen Bereich teilweise fließend sind – formuliert der Rechtsphilosoph Arthur Kaufmann treffend in „Widerstand der kleinen Münze":

„Man unterschätze nicht die Bedeutung solchen kleinen Widerstandes. Dieser kleine Widerstand muss beständig geleistet werden, damit nicht eines Tages wieder der große Widerstand erforderlich wird. Dieser große Widerstand fordert große Opfer, er kostet möglicherweise das Leben. Der kleine Widerstand, also der Widerstand, der in der Demokratie möglich und notwendig ist, der kostet Mut und Zivilcourage. Aber auch das ist, wie man täglich erfährt, gar nicht so wenig. Die Möglichkeiten solcher Akte des Neinsagens sind Legion: Misstrauen gegenüber Mächtigen, Mut zu offener Kritik, Neinsagen zum Unrecht, auch und gerade wenn es „von oben" kommt, Nichtmitmachen an als unheilvoll erkannten Aktionen, auch wenn man sich so

Sympathien verscherzt. Wer all die gering achtet, der möge einmal überlegen, ob sich das nationalsozialistische Unrechtsregime so fest hätte etablieren können, wenn eine Mehrheit des Volkes rechtzeitig den erforderlichen Bürgermut aufgebracht hätte."

ZIVILCOURAGE IM NATIONALSOZIALISMUS WIE ÄUSSERT SICH ZIVILCOURAGE IN AUTORITÄREN UND HOCH REPRESSIVEN SYSTEMEN?

Ausnahmesituationen hinsichtlich der Handlungsspielräume von Zivilcourage finden sich in autoritären und hoch repressiven (politischen) Systemen. In der Zeit des Nationalsozialismus wurde zivilcouragiertes Handeln, das die eng gesetzten Grenzen des Systems überschritt und als politisch unannehmbar eingestuft wurde, zum (politischen) Widerstand.

Von Menschen, die Widerstand geleistet oder andere gerettet hatten, von mutigen Einzelaktionen gegen Behörden oder Funktionäre, von widerständigen Aktivitäten in Fabriken oder in der Rüstungsproduktion wurde meist erst nach dem Zusammenbruch des Systems berichtet. Aber selbst dann kam die öffentliche Anerkennung dieses zivilcouragierten Handelns – wenn überhaupt – erst spät, oft Jahre oder Jahrzehnte danach.

Das mutige Handeln weniger Menschen in einer Zeit, in der die Mehrheit angepasst lebte oder „mitlief", löste später oft Gefühle der Schuld oder Scham aus, was nicht selten sogar zu Anzweiflung oder Abwehr dieser Handlungen führte.

KURT TUCHOLSKY (1890–1935)

Kurt Tucholsky, ein deutscher Journalist und Schriftsteller, trat für Demokratie und Menschenrechte ein und warnte vor der Bedrohung durch den Nationalsozialismus. Er formulierte – zum Thema passend und auch heute noch sehr treffend:

„Denn nichts ist schwerer und nichts erfordert mehr Charakter, als sich in offenem Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen: NEIN!"

Für das Verhalten von Menschen, die in der Zeit des Nationalsozialismus anderen Menschen Hilfe leisteten, Aktivitäten gegen die Nationalsozialisten setzten oder sich dem Widerstand anschlossen, erscheint der Begriff der Zivilcourage aus heutiger Perspektive wenig passend zu sein. Denn alle, die durch ihr Handeln in die NS-Repressionsmaschinerie gerieten, wurden beschuldigt, verfolgt, entwürdigt, bestraft und mussten allzu oft mit dem Leben bezahlen.

Solche Rahmenbedingungen gehören zu den extremsten für den Einsatz von zivilem Mut. Das Regime verfolgte Handlungen, die als widerständig bzw. „kriminell" eingestuft waren, mit brutaler Härte und Willkür. Die Bevölkerung lebte in einer Atmosphäre der totalen Überwachung und der völligen Rechtsunsicherheit, wodurch das Bedürfnis nach Selbstschutz und die Angst vor Repressionen verständlich und begründet waren.

Es gibt verschiedenste Untersuchungen, die sich mit Menschen befassen, die während der NS-Zeit unter Einsatz ihres Lebens anderen halfen und diese damit vor dem sicheren Tod retteten. Einen sozialwissenschaftlichen Ansatz wählte der amerikanische Politologe Manfred Wolfson im Jahr 1965 für eine in Zusammenarbeit mit dem Frankfurter Institut für Sozialforschung durchgeführte Untersuchung über RetterInnen in Deutschland. Die Studie sollte jene Werte und Maßstäbe untersuchen, die es möglich machten, in einem totalitären System „unmanipulierbar" zu bleiben und sich Zwängen zu widersetzen. Wolfson ging davon aus, dass eine „Orientierung an positiven Vorbildern" und eine „anti-autoritäre Erziehung" Voraussetzungen für das zivilcouragierte Handeln gewesen waren. Er führte rund 100 Interviews mit Frauen und Männern durch, die seine These widerlegten: Ein ganz kleiner Teil der Befragten orientierte sich bewusst an Vorbildern, 75 Prozent der Befragten waren in einem autoritären Elternhaus aufgewachsen und hatten ihren Eltern kaum widersprochen. Genannte Beweggründe waren verschiedenste humanistische, religiöse und politische Werte.

Wolfsons Studie konnte aus finanziellen Gründen nicht komplett beendet werden. Aufgrund dessen griff die Psychologin Revital Ludewig-Kedmi die Ergebnisse des von Wolfson erhobenen Materials in den 1970er-Jahren mit der Frage nach der Entscheidungsfindung wieder auf. Ihre Untersuchung ergab, dass die Mehrheit der RetterInnen „gewöhnliche" Menschen waren, die weder über besondere finanzielle Mittel oder über große Wohnungen noch über bessere Bildung oder wichtige Kontakte verfügten. Ein interessantes Detail am Rande: Zwei Drittel der Helfenden waren Frauen.

RetterInnen wurden nicht als solche geboren oder erzogen, sie waren nicht die besseren Menschen. In vielen Fällen entschieden sie sich situationsbedingt für zivilen Mut und wuchsen mit Erfindungsreichtum und Ausdauer über sich hinaus. Viele von ihnen handelten aus religiöser oder politischer Motivation heraus.

SOPHIE SCHOLL (1921–1943)

Sophie Scholl war in der studentischen Widerstandsbewegung „Weiße Rose" in München zur Zeit des Nationalsozialismus aktiv. Zunächst glaubte Sophie an das von den Nationalsozialisten propagierte Gemeinschaftsideal. Die Wende und Umkehr in ihrem Leben ereignete sich im Jahr 1941, während sie ihre sogenannte Arbeitspflicht für den Reichsarbeitsdienst (RAD) verrichtete und die Schriften des Kirchenlehrers Augustinus von Hippos zu lesen begann. Diese Schriften boten ihr einerseits Orientierung, und andererseits verstärkten ihre Erlebnisse und Eindrücke dieser Zeit ihre Abwehrhaltung gegen den Nationalsozialismus. Durch ihren Bruder Hans kam sie zur studentischen Widerstandsbewegung „Weiße Rose", die Regime-kritische Flugblätter erstellte, druckte und verbreitete.

Auf dem ersten Flugblatt der „Weißen Rose" heißt es: „Wenn jeder wartet, bis der Andere anfängt, werden die Boten der rächenden Nemsis unaufhaltsam näher und näher rücken, dann wird auch das letzte Opfer sinnlos in den Rachen des unersättlichen Dämons geworfen sein." Das vierte Flugblatt enthielt die Botschaft: „Wir schweigen nicht, wir sind euer böses Gewissen, die weiße Rose lässt euch keine Ruhe!" Insgesamt verfassten die Mitglieder der „Weißen Rose" sechs Flugblätter, die alle die Aufforderung enthielten, Widerstand zu leisten anstatt zuzuschauen. Bei der Verteilung des sechsten und letzten Flugblatts in der Münchner Universität im Jahr 1943 wurden sie verhaftet. Mit diesem Flugblatt wandten sie sich speziell an die Jugend: „Kommilitoninnen! Kommilitonen! Erschüttert steht unser Volk vor dem Untergang der Männer in Stalingrad. (…) Der Tag der Abrechnung ist gekommen, der Abrechnung der deutschen Jugend mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannis, die unser Volk erduldet hat. Im Namen des ganzen deutschen Volkes fordern wir vom Staat Adolf Hitlers die persönliche Freiheit, das kostbarste Gut der Deutschen zurück, um das er uns in der erbärmlichsten Weise betrogen hat. (…) Studentinnen! Studenten! Auf uns sieht das deutsche Volk! Von uns erwartet es die Brechung des nationalsozialistischen Terrors aus der Macht des Geistes (…)".

Unter Einsatz ihres eigenen Lebens leisteten die Mitglieder der „Weißen Rose" Widerstand und versuchten andere wachzurütteln:

„Man muss etwas machen, um selbst keine Schuld zu haben. Dazu brauchen wir einen harten Geist und ein weiches Herz. Wir haben alle unsere Maßstäbe in uns selbst, nur suchen wir sie zu wenig."

(Sophie Scholl)

DER FALL RAHEL IDA PLÜER

„Helfen, weil man darum gebeten wurde" war ein anderer Grund für zivilen Mut, der bei verschiedensten Untersuchungen deutlich zum Vorschein kam. Der Einsatz von Zivilcourage aus dieser Motivation heraus wird auch „Reaktives Handeln" genannt.

Als Rahel Ida Plüer im Jänner 1945 an die Tür eines evangelischen Pfarrhauses in der Nähe des hessischen Fritzlar klopfte, gewährten der Pastor und seine Frau der Unbekannten Unterschlupf. Zwar gab sich die Jüdin, die in einer „Mischehe" lebte und kurz zuvor die Aufforderung erhalten hatte, sich zum Abtransport in ein Arbeitslager einzufinden, als Flüchtling aus Ostpreußen aus, ihre Gastgeber waren sich aber über ihre Identität ziemlich sicher. Die beiden, ein Ehepaar mit vier Kindern, handelten in dieser Situation beherzt und mutig. Sie versteckten die Untergetauchte bis Kriegsende und ermöglichten Rahel Ida Plüer damit das Überleben.

Dafür wurde dem Ehepaar durch die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem der Titel „Gerechte unter den Völkern" – die Ehrung des Staates Israel für nicht-jüdische Einzelpersonen, die während der NS-Zeit Juden und Jüdinnen unter Einsatz ihres Lebens gerettet hatten – verliehen. Ein Jahr später richtete eine Frau, deren jüdische Großeltern in den 1930er-Jahren vis-à-vis des besagten Pfarrhauses gewohnt hatten, ein Schreiben an die israelische Gedenkstätte, in dem sie ihr Befremden über diese Ehrung zum Ausdruck brachte. Der Pfarrer habe in keiner Weise protestiert, als während der Pogromnacht im November 1938 etwa 50 Ortsansässige von 900 OrtsbewohnerInnen über das Haus der einzigen jüdischen Familie des Dorfes hergefallen und diese schwer verletzt hatten, führte sie aus. Stattdessen habe er das Haus geschlossen und sich abgewandt. Die Auszeichnung für die Handlung des Pfarrers im Jahr 1945 sei nicht gerechtfertigt.

Die Antwort der Gedenkstätte Yad Vashem machte deutlich, dass die Ehrung als „Gerechte/r" nicht voraussetzt, dass sich eine Person durchgängig mutig verhielt, sondern auch eine einmalige couragierte und risikobereite Handlung, die zur Rettung eines Menschen beitrug, gewürdigt wird.

Mehr als die Hälfte der dokumentierten Rettungen kam zustande, weil Juden oder Jüdinnen selbst die Initiative ergriffen und ihre nicht-jüdischen Freunde und Bekannten, ehemalige Geschäftspartner oder Kunden und manchmal auch völlig Unbekannte direkt um Hilfe baten.

DER FALL KITTY GENOVESE (1935–1964)

Im Jahr 1964 wurde Kitty Genovese auf offener Straße vor ihrem Wohnhaus im New Yorker Stadtteil Queens überfallen und brutal umgebracht. Ihre Ermordung fand vor den Augen von 38 Zeugen/Zeuginnen statt. Die „New York Times" veröffentlichte zwei Wochen später auf ihrer Titelseite einen langen Artikel über die Unmenschlichkeit und Passivität der 38 ZuschauerInnen.

WIE KONNTE ES SEIN, DASS NIEMAND EINSCHRITT, OBWOHL 38 PERSONEN ZUSAHEN?

Untersuchungen belegen, dass jedoch gerade dieser Umstand negative Auswirkungen auf die Bereitschaft, zivilcouragiert zu handeln, haben kann: dass niemand half, WEIL es so viele BeobachterInnen gab.

Wenn mehrere potenzielle HelferInnen da sind, verringert sich die Verantwortlichkeit des/der Einzelnen. Dieses Phänomen der „non-helping bystanders" – dass Menschen in Notsituationen lediglich zuschauen, ohne einzugreifen oder Hilfe zu leisten – wird auch als „soziale Hemmung durch die Anwesenheit anderer" bezeichnet.

Mehrere Ursachen sind für dieses Verhalten möglich:

- Die Notwendigkeit der Hilfeleistung kann von den ZuschauerInnen nicht eindeutig eingeschätzt werden.
- Je größer die Zahl der ZuschauerInnen, desto höher die Gefahr, die Situation nicht als Notfall einzuordnen, da es die anderen auch nicht tun. (Pluralistische Ignoranz)
- Mit der Anzahl der ZuschauerInnen nimmt die Verantwortlichkeit für die Situation ab, da diese an die anderen ZuschauerInnen abgegeben wird. (Verantwortungsdiffusion)

Der Fall Kitty Genovese zog etliche sozialpsychologische Studien und Forschungen nach sich. Eine dieser Untersuchungen erfolgte durch Bibb Latané und John Darley, die dann später auch das Prozessmodell der Hilfeleistung erarbeiteten, das im Folgenden noch genauer beschrieben wird.

FRANCA MAGNANI (1925–1996)

Eines der bekanntesten Zitate zum Thema Zivilcourage stammt von der italienischen Journalistin Franca Magnani:

„Je mehr Bürger mit Zivilcourage ein Land hat, desto weniger Helden wird es einmal brauchen."

Als erste Auslandskorrespondentin des deutschen Fernsehens gab sie selbst ein bewundernswertes Beispiel für Zivilcourage, indem sie sich in den 1980er-Jahren weigerte, ihre Fernsehkommentare nach dem Wohlgefallen der Rundfunkmächtigen in München auszurichten. Daraufhin bekam sie Bildschirmverbot für ihre Beiträge.

Es gibt noch viele andere Mut machende und beeindruckende Beispiele von zivilcouragiertem Handeln – etwa die Geschichte von Rosa Parks, die in einem eigenen Kapitel in dieser Broschüre noch ausführlich beschrieben wird, oder das Verhalten des Miltenberger Stadtpfarrers Ulrich Boom, der einen Aufmarsch Rechtsradikaler störte, indem er 20 Minuten lang die Kirchenglocken läuten ließ, bis die rechtsextreme Versammlung abgebrochen wurde.

WOZU UND WO ZIVILCOURAGE?

Die Orientierung an humanitären und demokratischen Werten sowie der persönliche Mut sind wichtige Bestandteile des zivilcouragierten Handelns. Die bisher angeführten Beispiele von zivilcouragierten Handlungen decken nur einen Teil des großen Spektrums der aktiven Zivilcourage ab.

ZIVILCOURAGE BEGINNT BEREITS IM KLEINEN.

NÄMLICH IMMER DANN, WENN …
… Du etwas nicht gerecht oder falsch findest …
… Du etwas dagegen tun willst und dies vor anderen, also „öffentlich", tun musst …
… Du dabei das Gefühl hast, im Nachteil oder unterlegen zu sein …
… der Erfolg Deines Einsatzes eher unsicher ist, und Du eher Nachteile als Vorteile zu erwarten hast …

ZIVILCOURAGE IST NÖTIG, …
… um offen die eigene Meinung zu sagen,
… um einzugreifen,
… um sich für andere einzusetzen und
… um etwas zu verändern.

Zivilcourage beschränkt sich nicht nur auf akute Notlagen und Konflikte oder auf dramatische Situationen, in denen spontanes, schnelles und energisches Handeln gefordert ist. Zivilcourage beginnt bereits in der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, in Vereinen, Parteien usw.

Die wichtigsten Orte bzw. „Schauplätze" für zivilcouragiertes Handeln sind:

- Privatbereich (Familie, FreundInnen)
- Beruf (Arbeitsplatz, Ausbildungsort)
- öffentlicher Raum (Straße, öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Gebäude etc.)
- gesellschaftlicher Raum (Parteien, staatliche Institutionen, Interessenvertretungen, Vereine, private Organisationen etc.)
- „große" Öffentlichkeit (Zeitungen, Radio, TV etc.)

WAS ABER BRINGT NUN EINEN MENSCHEN DAZU, EINZUSCHREITEN, ZU HELFEN, SEINE MEINUNG ZU SAGEN, AKTIV ZU WERDEN? UND WAS HINDERT MENSCHEN AN EBEN-DIESEN HANDLUNGEN?

Bibb Latané und John Darley führten nach dem bereits beschriebenen Fall von Kitty Genovese Untersuchungen und Experimente durch, die das Verhalten der 38 ZuschauerInnen unter die Lupe nahmen. Die beiden entwickelten später auch ein sozialpsychologisches Prozessmodell der Hilfeleistung, das den individuellen Entscheidungsprozess aufzeigt, der zu zivilcouragierten Handlungen führt. Dieser Prozess findet in Bruchteilen von Sekunden statt und lässt sich in folgende fünf Schritte gliedern:

SCHRITT 1

„WAHRNEHMEN DES EREIGNISSES“:
bemerken, dass etwas geschieht

Hindernis: Ablenkung

SCHRITT 2

„INTERPRETATION“:
das Ereignis als Notsituation interpretieren

Hindernis: Pluralistische Ignoranz – d. h. es handelt sich um eine Situation, in der ein Mensch sich in einer schwer einschätzbaren Situation befindet und sich an anderen orientiert. Die Gruppe der Anwesenden übt auf das Verhalten des Einzelnen Einfluss aus.

SCHRITT 3

„BEREITSCHAFT UND VERANTWORTUNGSÜBERNAHME“:
sich für die Hilfeleistung verantwortlich fühlen

Hindernis: Verantwortungsdiffusion – gemeinsam mit der Pluralistischen Ignoranz führt diese dazu, dass trotz genügender Personenanzahl und Aufmerksamkeit keine Hilfeleistung bzw. kein Einschreiten zustande kommt. Je mehr BeobachterInnen beteiligt sind, desto höher ist die Chance, dass jede/r Einzelne ihre/seine Verantwortung auf die anderen überträgt. Untersuchungen haben ergeben, dass sich allein durch die Anwesenheit mehrerer ZuschauerInnen die Wahrscheinlichkeit der Hilfeleistung erheblich senken kann.

SCHRITT 4

„WAHL DER GEEIGNETEN HILFSMITTEL“:
entscheiden, wie zu helfen ist

Hindernis: Kompetenzmangel

SCHRITT 5

„ DURCHFÜHRUNG DER HILFSAKTION“:
helfen

Hindernis: Soziale Hemmung

Voraussetzungen für zivilcouragiertes Handeln sind die Erkenntnis, dass sich eine andere Person in einer Notsituation befindet und die daraus folgende Interpretation, dass eine Hilfeleistung erforderlich ist. Um eine Situation als Notlage einzustufen, ist es wichtig, eine differenzierte, bewusste und soziale Aufmerksamkeit im Alltag zu haben. Außerdem trägt das Bewusstsein von demokratischen und humanitären Werten zu einer solchen Einstufung bei. Verantwortung übernehmen Menschen aber meist nur dann, wenn sie davon überzeugt sind, dass sie über die nötigen Strategien und Kompetenzen verfügen. Um den Weg zur Hilfeleistung zu beschreiten, sind auf der einen Seite soziale Kompetenzen wie Empathie oder Reflexion enorm wichtig, auf der anderen Seite auch Artikulations-, Argumentations- und produktive Konfliktfähigkeit sowie Selbstsicherheit und Selbstbehauptung.

ZIVILCOURAGE-TRAINING

Ein Training der Zivilcourage unterstützt bei der Umsetzung der fünf Schritte zur Hilfeleistung. Das Ziel ist, die TeilnehmerInnen für jeden einzelnen Schritt zu sensibilisieren, wobei die Wahrnehmung für die ersten beiden geschärft und die Kompetenzen für die restlichen Schritte erarbeitet werden. Das Zivilcourage-Training des Mauthausen Komitee Österreich orientiert sich am „Göttinger Zivilcourage Impulstraining", dessen Struktur im Buch „Zivilcourage trainieren! Theorie & Praxis" folgendermaßen beschrieben ist:

„Die Übungen (…) sind gezielt auf die verschiedenen Abbruchstellen im Prozessmodell bezogen. Wir gehen davon aus, dass es aus dem Wissen um die Barrieren zur Hilfeleistung heraus möglich sein sollte, aufmerksam für kritische soziale Situationen zu werden, sich nicht an das Verhalten der anderen anzupassen, sondern der eigenen Situationseinschätzung trauend Verantwortung zu übernehmen und dabei eigene Fähigkeiten situationsangemessen und frei von sozialem Konformismus einzusetzen."

Das Wahrnehmen von und Reflektieren über eigene, fremde und gesellschaftliche Werte und Lebenseinstellungen sowie das Erkennen von anti-demokratischen und die Festigung sozialer Fähigkeiten sind Komponenten des Zivilcourage-Trainings. Übungen zur Förderung der Empathie und der Argumentationsfähigkeit sowie zur Stärkung der Kommunikations- und Konfliktfähigkeit tragen dazu bei. Neben der Vermittlung von Rechten und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft werden auch Verhaltensweisen und Handlungsmöglichkeiten in Notsituationen durchgespielt und geübt. Für eine zivilcouragierte Handlung ist die eigene Überzeugung, dass die beabsichtigte bzw. gesetzte Handlung Wirkung zeigt, unerlässlich, daher werden während des Trainings sowohl Selbstsicherheit als auch Selbstwirksamkeit gestärkt. Schlussendlich hat das Zivilcourage-Training auch den Zweck, das persönliche Verantwortungsbewusstsein der Jugendlichen in Bezug auf Zivilcourage zu vertiefen und dafür in ihrem Alltag nachhaltig einen Raum zu schaffen.

ZIVIL.COURAGE.WIRKT

www.zivilcourage.at

ROSA PARKS UND DIE AFROAMERIKANISCHE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG

„WAS AUCH IMMER MEINE EINZELNEN WÜNSCHE, FREI ZU SEIN, WAREN, WAR ICH NICHT ALLEIN. ES GAB VIELE ANDERE, DIE DER GLEICHEN WEISE GLAUBTEN."

Rosa Parks

DIE SKLAVEREI WAR ZWAR ABGESCHAFFT

Mit dem Ende des amerikanischen Bürgerkriegs 1865 war die Sklaverei in den USA zwar abgeschafft, AfroamerikanerInnen – vor allem in den Südstaaten – wurden aber weiterhin unterdrückt. Zunächst erhielten die ehemaligen Sklaven/Sklavinnen das Bürger- und Wahlrecht, doch nach dem Ende der Besetzung der Südstaaten durch die Truppen der Union wurden AfroamerikanerInnen hauptsächlich als schlecht bezahlte FarmarbeiterInnen beschäftigt, und das Wahlrecht hatten nur diejenigen, deren Großväter schon gewählt hatten. Hinzu kam die Einschüchterung der afroamerikanischen WählerInnen durch die Gewalt der Rassistenorganisation Ku-Klux-Klan, die es seit 1865/66 gab. Ab dem Jahr 1876 wurden in mehreren US-Bundesstaaten Gesetze verabschiedet, die die Rassentrennung zwischen „Schwarzen" und „Weißen" regelten. 13 Jahre später, 1896, wurde die Segregation (Rassentrennung) dann durch den Obersten Gerichtshof legitimiert, und getrennte Einrichtungen für „Schwarze" und „Weiße" wurden für verfassungsgemäß erklärt – solange sie von gleicher Qualität waren.

Diese Gesetze, die in der Zeit von 1876 bis 1964 die Rassentrennung vorschrieben, werden auch die „Jim Crow Laws" genannt. Dieser Ausdruck ging auf Thomas Dartmouth Rice, einen US-amerikanischen Komiker weißer Hautfarbe, zurück. Er war im Jahr 1828 in einer Ministrel-Show als „schwarzer alter Mann" verkleidet aufgetreten und hatte sich als „Jim Crow" vorgestellt. In Ministrel-Shows wurden „Schwarze" von „Weißen" vorurteilsbehaftet als fröhliche, naive, singende Sklaven dargestellt, was auch das Bild der Figur „Jim Crow" prägte. Diese war eine beliebte Darstellung unter „weißen" RassistInnen, die die Meinung vertraten, dass „Jim Crow" den verdienten Status der „Schwarzen" in einer „weißen" Gesellschaft widerspiegelte.

Lange Zeit stellte der afroamerikanische Protest die politische und soziale Ordnung der USA nicht grundsätzlich infrage, sondern richtete sich dagegen, dass zehn Prozent der Bevölkerung wegen ihrer Hautfarbe vom „amerikanischen Traum" ausgeschlossen blieben. Der Kampf spielte sich zunächst vor allem in den Südstaaten ab, wo die Mehrheit der AfroamerikanerInnen lebte und ein umfassendes System von Rassentrennung und politischer Unterdrückung die „weiße" Vorherrschaft garantierte.

Die bekannteste Bürgerrechtsbewegung der USA war „The black civil rights movement" der AfroamerikanerInnen, die durch Martin Luther King in den 1950er- und 1960er-Jahren weltweite Aufmerksamkeit und Bedeutung erlangte.

ROSA PARKS

Rosa Parks wurde am 4. Februar 1913 als Rosa Louise Mc Cauley in Tuskegee, Alabama, geboren. Ihre Eltern trennten sich sehr bald, und Rosa wuchs mit ihrer Mutter, ihren Großeltern und ihrem jüngeren Bruder auf einer Farm in Pine Level, Alabama, auf. Bis sie elf Jahre alt war, unterrichtete ihre Mutter sie zu Hause, dann besuchte sie die Montgomery Industrial School for Girls und später die Booker T. Washington High School – Schulen, die ausschließlich für AfroamerikanerInnen bestimmt waren. Zu dieser Zeit waren nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens für AfroamerikanerInnen und „Weiße" getrennt. Obwohl es in Bussen und Zügen ge-

trennte Sitzplätze für „schwarze" und „weiße" Fahrgäste gab, war es afroamerikanischen Schulkindern überhaupt nicht erlaubt, mit dem Schulbus zu fahren. Jeden Tag sah Rosa den Schulbus vorbeifahren, aber sie durfte wegen ihrer Hautfarbe nicht einsteigen. Dies war eines der ersten Ereignisse, erzählte sie später, durch die sie realisierte, dass es eine „weiße" und eine „schwarze" Welt gab. Es war ein Bestandteil des alltäglichen Lebens und sie hatte keine andere Wahl, als das zu akzeptieren:

„I'd see the bus pass every day… But to me, that was a way of life; we had no choice but to accept what was the custom. The bus was among the fist ways I realized there was a black world and a white world."

Bereits in ihrer Kindheit und Jugend war Rosa oft mit Rassismus konfrontiert. Sie sah den Ku-Klux-Klan die Straße entlang marschieren, während ihr Großvater die Haustür bewachte. Sie erlebte, wie die Montgomery Industrial School für AfroamerikanerInnen zweimal niedergebrannt wurde. Und dies waren nur zwei Erlebnisse von vielen.

Im Jahr 1932 heiratete Rosa Raymond Parks. Ihr Mann war Mitglied der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP).

Die NAACP ist heute eine der ältesten und größten Bürgerrechtsbewegungen der USA. Sie wurde im Jahr 1909 gegründet und setzt sich für Chancengleichheit der AfroamerikanerInnen in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht ein. Zu Beginn beschränkte sich die NAACP darauf, die Ungleichheit in der Praxis aufzuzeigen, und die Behörden zu materiellen Verbesserungen zu zwingen.

Nach ihrer Heirat hatte Rosa zahlreiche Jobs und machte nebenbei auch noch den High-School-Abschluss. Zu dieser Zeit hatten weniger als sieben Prozent der AfroamerikanerInnen einen Abschluss wie diesen.

Ab Dezember 1943 war Rosa in der Bürgerrechtsbewegung aktiv, trat der NAACP bei und wurde zur ehrenamtlichen Sekretärin von deren Präsidenten Edgar Nixon gewählt. Rosa argumentierte ihre Zustimmung für den Job mit drei Faktoren, nämlich: dass sie die einzige Frau war, die NAACP eine Sekretärin brauchte und sie zu schüchtern war, um Nein zu sagen:

„I was the only woman there, and they needed a secretary, and I was to timid to say no."

Später arbeitet Rosa bei der bundeseigenen Firma Maxwell Air Force Base. Dort war Rassentrennung nicht erlaubt – wodurch ihr die Augen geöffnet wurden, meinte Rosa:

„You might just say Maxwell opened my eyes up."

Des Weiteren arbeitete Rosa auch als Haushälterin und Näherin für Clifford und Virginia Durr, ein „weißes" Paar, das sie bestärkte, die Highlander Folk School zu besuchen – einen Ausbildungsort für ArbeiterInnenrechte und Rassengleichheit in Monteagle, Tennesse.

Im August 1955 wurde der 14-jährige Afroamerikaner Emmett Till aus rassistischen Motiven in Money, Missisippi, brutal getötet. Seine Mörder waren die beiden „weißen" Männer Roy Bryant und John William Milam. Emmett Till hatte einer „weißen" Frau in einem Lebensmittelgeschäft nachgepfiffen. Daraufhin war er von Bryant und Milam nachts aus seinem Haus geholt und auf grauenhafte Weise misshandelt und ermordet worden. Rund 50.000 Menschen waren bei Emmett Tills Trauerfeier anwesend. Wie viele AfroamerikanerInnen war auch Rosa tief erschüttert über diesen brutalen Mord. Das Interesse der Bevölkerung am Prozess zu diesem schrecklichen Verbrechen reichte weit über die Grenzen der Südstaaten hinaus. Die beiden Täter wurden von einer „weißen" Jury freigesprochen. Dieser Freispruch war ein wesentlicher Anstoß für die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung. Rosa besuchte eine Großversammlung, die Emmett Tills Ermordung und weitere kurze Zeit später verübte Morde thematisierte.

Vier Tage nach dieser Versammlung stieg Rosa nach einem langen Arbeitstag in den Cleveland-Avenue-Bus. Die ersten vier Reihen der Sitzplätze aller Busse in Montgomery waren für „weiße"

Fahrgäste reserviert, und es gab eigene Bereiche für „schwarze" Passagiere. Diese Bereiche hatten jedoch keine fix festgelegte Größe und wurden durch ein bewegbares Schild abgegrenzt. Wenn alle Sitzplätze für „Weiße" besetzt waren, mussten afroamerikanische Fahrgäste ihre Sitzplätze an „weiße" Passagiere abtreten. Auch oblag es dem Busfahrer festzulegen, wo der Bereich für afroamerikanische Fahrgäste begann, indem er das Schild, das den Bereich kennzeichnete, verschieben konnte – und das, obwohl mehr als 75 Prozent der Fahrgäste in diesen Bussen AfroamerikanerInnen waren.

Rosa setzte sich auf den ersten Sitz hinter den für die „Weißen" reservierten Plätzen. Der Busfahrer befahl ihr und noch drei anderen AfroamerikanerInnen, weiter nach hinten zu gehen, um „weißen" Fahrgästen Platz zu machen, die gerade einstiegen. Inzwischen waren alle Plätze im Bus besetzt, die anderen drei kamen der Aufforderung des Fahrers nach, Rosa aber blieb sitzen. Auch einer erneuten Aufforderung des Busfahrers, ihren Sitzplatz zu verlassen, folgte sie nicht. Dieser fragte sie schließlich, warum sie nicht aufstehe. Rosa antwortete, sie sei der Meinung, sie sollte nicht aufstehen müssen:

„I don't think I should have to stand up."

Später wurde die Geschichte oft so erzählt, dass Rosa sitzen geblieben sei, weil sie müde war. Sie aber entgegnete dem, sie sei nicht physisch müde gewesen, jedenfalls nicht mehr als sonst auch nach einem Arbeitstag. Sie sei damals auch nicht alt gewesen, obwohl viele Leute diesen Eindruck hatten, sondern erst 42 – Rosa war weder müde von der Arbeit noch aufgrund ihres Alters. Nein, sie war es einfach müde, immer nachzugeben:

„People always say that I didn't give up my seat because I was tired, but that isn't true. I was not tired physically, or no more tired than I usually was at the end of a working day. I was not old although some people have an image of me as being old then. I was forty-two. No, the only tired I was, was tired of giving in."

Rosa wurde verhaftet. Die Nachricht von ihrer Verhaftung verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und die afroamerikanische Bevölkerung der Stadt boykottierte das Busunternehmen 381 Tage lang. Der Tag, an dem Rosa sich geweigert hatte, ihren Sitzplatz aufzugeben, war der Beginn des Montgomery Busboykotts – der 1. Dezember 1955.

In erster Linie sollte mit dem Boykott das Ausmaß der wirtschaftlichen Abhängigkeit der „weißen" UnternehmerInnen von der „schwarzen" Bevölkerung verdeutlicht werden. Statt der erhofften Boykottbeteiligung von 60 Prozent waren es fast 100 Prozent. Daraufhin wurde die Organisation „Montgomery Improvement Association" (MIA) gegründet, die für den Boykott verantwortlich war. Der Präsident der MIA war Martin Luther King, und ihre Forderungen waren die Zusicherung höflicher Behandlung seitens des Busunternehmens, die Regelung der Sitzplatzwahl im Bus nach Eintreffen der Fahrgäste und der Einsatz afroamerikanischer BusfahrerInnen auch auf Linien, die hauptsächlich von afroamerikanischen BürgerInnen benutzt wurden. Zu Beginn des Protests war das wichtigste Problem die Transportfrage. In den ersten Tagen beförderten von AfroamerikanerInnen geführte Taxi-Gesellschaften die Protestierenden zum Bus-

Preis von zehn Cent. Durch die Einführung einer Verordnung, die alle Taxi-Gesellschaften dazu verpflichtete, einen Mindestpreis von 45 Cent zu verlangen, wurde dieser Transportstrategie schnell ein Ende gesetzt, aber die Entstehung eines freiwilligen Auto-Pools folgte als Reaktion auf diese Verordnung. Mehr als 150 Menschen nahmen anfangs mit ihren Wägen teil, und in kurzer Zeit wuchs die Zahl der Beteiligten auf 300 an. Viele der Protestierenden zogen es auch vor, zu Fuß zu gehen, da sie das Gehen als symbolische Handlung sahen. Ein Bombenanschlag auf das Haus von Martin Luther King verschärfte die Situation. Dieser aber war während des Boykotts von Bayard Rustin, einem Bürgerrechtler und bekennenden Homosexuellen, über die Durchführung von gewaltfreiem Widerstand nach dem Vorbild von Mahatma Gandhi beraten worden. Martin Luther King beruhigte die Protestierenden mit folgenden Worten:

„Wenn ihr Waffen bei euch habt, nehmt sie wieder mit nach Hause. Wenn ihr keine habt, verschafft euch bitte auch keine. Wir können dieses Problem nicht durch Wiedervergeltung lösen. Wir müssen der Gewalt mit Gewaltlosigkeit begegnen!"

Massenverhaftungen waren, nach einigen gescheiterten Versuchen den Boykott zu brechen, die Reaktion auf die gewaltlosen Protestaktionen. Ein Schwurgericht erklärte den Busboykott für rechtswidrig und klagte Hunderte AfroamerikanerInnen an, darunter auch Martin Luther King. Diese Methoden brachten jedoch eine noch größere Schwungkraft in den Busboykott, und die MIA stellte einen Antrag beim Bundesdistriktgericht, der die Aufhebung der Rassentrennung in Bussen forderte. Das Bundesdistriktgericht beschloss am 4. Juni 1956, dass die Bus-Segregationsgesetze von Alabama verfassungswidrig seien. Die Anwälte von Montgomery legten sofort Berufung gegen den Beschluss ein. Während Bestrebungen, den Auto-Pool gesetzlich zu verbieten, im Gange waren, folgte die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, dass Segregation in Bussen verfassungswidrig sei – nach Monaten des gewaltlosen Protests. Durch den Erfolg des Montgomery Busboykotts hatte die gewaltlose Bürgerrechtsbewegung enorm an Bedeutung gewonnen. In den darauffolgenden Jahren schlossen sich ihr auch immer mehr „Weiße" an.

Rosa Parks wurde zur Ikone der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung, hatte aber auch mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen: Sie verlor ihren Job im Warenhaus. Drohungen wurden ein Bestandteil ihres Lebens. Ihr Mann kündigte seinen Job, nachdem sein Chef ihm verboten hatte, über Rosa zu reden.

1957 zog sie gemeinsam mit ihrem Mann nach Detroit, blieb aber in der Bürgerrechtsbewegung aktiv. Sie arbeitete als Näherin, bis sie von John Conyers, einem US-amerikanischen Politiker, als Sekretärin in seinem Kongressbüro in Detroit eingestellt wurde. Dort blieb sie bis zu ihrer Pensionierung. John Conyers beschrieb Rosa als ruhige, heitere und einzigartige Persönlichkeit:

„You treated her with deference because she was so quiet, so serene – just a very special person… There is only one Rosa Parks."

Am 24. Oktober 2005 starb Rosa Parks im Alter von 92 Jahren.

DIE BÜRGERRECHTSBEWEGUNG IN DEN 1950ER- UND 1960ER-JAHREN

1956 unterzeichneten mehr als 100 Kongressabgeordnete ein „Südstaatenmanifest", das zum Widerstand gegen die Rassenintegration aufrief. Präsident Dwight D. Eisenhower musste 1957 sogar Bundestruppen einsetzen, um afroamerikanischen Schulkindern den Zugang zur Central High School von Little Rock in Arkansas zu ermöglichen. In den Südstaaten besuchten nur zwei Prozent aller afroamerikanischen Kinder im Jahr 1964 integrierte Schulen. Angesichts der schleppenden Durchführung von Gerichtsurteilen gingen die BürgerrechtlerInnen dazu über, die Rassentrennung durch gewaltlose Aktionen in Form von Demonstrationen, Boykotten und gezielter Verletzung der Segregationsgesetze zu bekämpfen. Solange aber in den politischen Machtzentren der Wille zur Beendigung der Rassendiskriminierung fehlte, blieben Prozesse und gewaltloser Protest unzureichend. Die Unterstützung, die die Bürgerrechtsbewegung von höchster Ebene erfuhr, war lange Zeit verhältnismäßig notdürftig. Präsident Eisenhower stand der Rassenintegration skeptisch gegenüber und mahnte die „schwarzen" BürgerrechtlerInnen zur Geduld. Auch John F. Kennedy setzte sich zunächst wenig für das Ende der Rassendiskriminierung ein. Der fortgesetzte gewalttätige Widerstand gegen die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung zeigte deutlich, dass sich Präsident und Kongress ihrer Verantwortung nicht entziehen konnten. Ein Beispiel hierfür war der Versuch der Zulassung eines „schwarzen" Studenten zur Universität von Mississippi 1962, wo die Polizei tagelang mit Prügelexzessen gegen friedliche DemonstrantInnen vorging.

StudentInnen in North Carolina leiteten 1960 mit ihren „Sit-ins" in „Restaurants für Weiße" eine nationale Bewegung zur Aufhebung der Rassentrennung in verschiedensten öffentlichen Einrichtungen ein und gründeten das „Student Nonviolent Coordination Committee" (SNCC).

1961 entstanden organisierte Busfahrten in Staaten, in denen die Rassentrennung lediglich juristisch aufgehoben war, mit dem Ziel, der Öffentlichkeit zu zeigen, dass Segregation auf diesen Busfahrten noch immer vorhanden war. Intensive Medienberichterstattung über die „Freedom Rides" (dt. „Freiheitsfahrten") führte zu nationaler Empörung, und der Druck auf die US-Regierung wuchs weiter.

Die Bürgerrechtsbewegung hatte mit den „Freiheitsfahrten" die Methode des gewaltlosen Widerstands vervollkommnet. Sie offenbarten die Gewalt „weißer" RassistInnen und deckten diese mit Hilfe der Medienberichterstattung als wirkungslos auf. Dank dieser Taktik setzte die Bürgerrechtsbewegung 1963 die Aufhebung der Rassentrennung in Birmingham, Alabama, durch. Nach wochenlangen Demonstrationen, im Zuge derer die Gewalt der Polizei die Mehrheit der Bevölkerung der USA schockierte, setzte die Kaufmannschaft von Birmingham die Forderungen der Bürgerrechtsbewegung um. Präsident John F. Kennedy und große Teile der Bevölkerung unterstützten nun die Bewegung um Martin Luther King.

John F. Kennedy versprach, ein Bürgerrechtsgesetz zugunsten der AfroamerikanerInnen in den Kongress einzubringen. Zur Unterstützung des Gesetzesentwurfs wurde im Sommer 1963

der „Marsch auf Washington" initiiert, an dem 250.000 Menschen – „Schwarze" und „Weiße" – teilnahmen. Als Höhepunkt ließ Martin Luther Kings berühmte Rede, „I have a dream" (dt. „Ich habe einen Traum"), die Integration der AfroamerikanerInnen in die Gesellschaft Amerikas möglich erscheinen. 1964 wurde Martin Luther King für sein Engagement und seine beispielgebende Politik der Gewaltfreiheit der Friedensnobelpreis verliehen.

Die Ermordung John F. Kennedys am 22. November 1963 traf die Bürgerrechtsbewegung schwer, denn dieser hatte die afroamerikanische Bürgerrechtsbewegung rund um Martin Luther King unterstützt und war bestrebt gewesen, Gesetze zugunsten der AfroamerikanerInnen durchzusetzen. Sein Nachfolger, Präsident Lyndon B. Johnson, sorgte dafür, dass das von der Kennedy-Administration entworfene Bürgerrechtsgesetz („Civil Rights Act") aus dem Jahr 1964 und das Wahlrechtsgesetz von 1965 durchgesetzt wurden. Diese Gesetze verboten unter anderem die Rassentrennung im öffentlichen Raum und gaben den Bundesbehörden unter bestimmten Umständen das Recht, die WählerInnen-Registrierung zu überwachen. Die Zahl der afroamerikanischen WählerInnen erhöhte sich dadurch insbesondere in den südlichen Staaten der USA. Mit Mitteln des gewaltlosen Widerstands und unterschiedlichen Formen des friedlichen Protests setzte die Bürgerrechtsbewegung die Aufhebung der Segregationspolitik in den Vereinigten Staaten von Amerika durch. Die angewandten Methoden erinnern an Mahatma Gandhis gewaltfreien Kampf für die Unabhängigkeit Indiens von der britischen Kolonialmacht.

Ab 1966 wandte sich Martin Luther King zunehmend gegen den im März des Vorjahres begonnenen Vietnamkrieg. Viele BürgerrechtlerInnen befürchteten, dass sich ihre Bewegung mit einer Stellung gegen den Krieg vor allem finanziell – durch den Ausfall von Spenden und staatlichen Mitteln – schaden würde, da einerseits viele „weiße" AmerikanerInnen und auch ein Teil der afroamerikanischen Bevölkerung den Vietnamkrieg befürworteten. Trotz der Gegenargumente kämpfte Martin Luther King nun seinen gewaltlosen Kampf auch gegen Armut und Krieg und argumentierte oft,

dass viele soziale Probleme mit den Geldbeträgen, die in den Krieg investiert wurden, behoben werden könnten. Er versuchte nun für alle benachteiligten Menschen, insbesondere für die afroamerikanische Bevölkerung, bessere Lebensbedingungen zu erreichen. Die Zusammenarbeit mit der Anti-Kriegsbewegung und deren „weißen" FührerInnen sowie seine Pläne, wie beispielsweise einen „Poor People's March" nach Washington zur organisieren, fanden immer mehr KritikerInnen. 1.500 ProtestantInnen sollten nach Washington marschieren, um Forderungen der Vollzeitbeschäftigung, ein garantiertes jährliches Mindesteinkommen und Sozialwohnungen durchzusetzen. Am 4. April 1968 wurde Martin Luther King auf dem Balkon des Lorraine Motels in Memphis erschossen. Seine Familie und die Organisation „SCLC" führten die „Poor People's"-Kampagne fort, und im Mai 1968 waren bereits die ersten DemonstrantInnen in Washington.

Die amerikanische Geschichts- und Sozialwissenschaft stellt den Erfolgen der Bürgerrechtsbewegung die bis heute bestehenden Probleme der afroamerikanischen Unterklasse und den noch nicht überwundenen Rassismus der „weißen" Bevölkerung gegenüber. Daten der US-Zentralbank und des US-Zensus zufolge, ist es seit dem Tod Martin Luther Kings zu keinen signifikanten Fortschritten gekommen, was die Behebung der wirtschaftlichen Kluft zwischen „Weiß" und „Schwarz" betrifft. Trotz weniger Erfolge, wie im Bereich der Bildung, ist die amerikanische Gesellschaft in wirtschaftlicher Hinsicht immer noch „rassengetrennt".

„ICH HABE EINEN TRAUM, DASS MEINE VIER KINDER EINES TAGES IN EINER NATION LEBEN WERDEN, IN DER MAN SIE NICHT NACH IHRER HAUTFARBE, SONDERN NACH IHREM CHARAKTER BEURTEILEN WIRD."

Martin Luther King

FAMILIE LANGTHALER

Die Familie Langthaler – allen voran Maria, die Mutter – zeigte zur Zeit des Nationalsozialismus besonders großen zivilen Mut. Sie setzten ihr eigenes Leben aufs Spiel, um zwei völlig fremden Menschen das Leben zu retten.

Maria und Johann Langthaler lebten mit ihren neun Kindern im oberösterreichischen Schwertberg nahe Mauthausen. Als ihre Söhne in den Zweiten Weltkrieg ziehen mussten, betete Maria Langthaler jeden Tag, dass alle gesund wieder zurückkehren würden.

In der Nacht zum 2. Februar 1945 gelang rund 500 sowjetischen Kriegsgefangenen die Flucht aus dem Konzentrationslager Mauthausen. Sie waren im Block 20 interniert gewesen, der auch als „Todesblock" bezeichnet wurde, denn dort kam fast niemand lebend heraus. Viele der völlig ausgehungerten Häftlinge kamen jedoch nach dem Ausbruch nicht weit, da sie zu schwach waren, die anderen flüchteten in die Wälder und hofften auf Hilfe der Bevölkerung. Die SS leitete sofort eine Großfahndung ein und rief auch die Zivilisten der Umgebung auf, sich an der Jagd auf die Entflohenen zu beteiligen. Diese „Schwerverbrecher", wie die SS die Kriegsgefangenen bezeichnete, sollten nicht am Leben bleiben. Ihnen zu helfen war selbstverständlich strengstens verboten. Viele Menschen kamen dem Aufruf der SS nach, die gesamte Gegend um Mauthausen, Schwertberg und Winden wurde abgesucht, und es entwickelte sich eine grauenvolle Hetzjagd auf die entflohenen Häftlinge – später wurde dieses Kriegsverbrechen als „Mühlviertler Hasenjagd" bezeichnet. Der Großteil der Flüchtigen wurde aufgegriffen und meist bereits an Ort und Stelle getötet.

Nur wenige ZivilistInnen halfen den bereits sehr geschwächten, abgemagerten, frierenden und hungernden Menschen, indem sie diese beispielsweise „übersahen", Töpfe mit Kartoffeln in den Hof stellten oder Kleidung trotz winterlichster Temperaturen draußen „trocknen ließen".

Die Hilfe der Familie Langthaler ging jedoch weit darüber hinaus. Als die älteste Tochter Miazl am Morgen nach dem Ausbruch der Häftlinge von der Kirche nach Hause ging, bot sich ihr ein grauenhafter Anblick blutüberströmter, toter Menschen auf einem Lastwagen und die ganze Straße war voller Blut. Entsetzt berichtete sie ihrer Mutter davon, die daraufhin sagte: „Wenn zu uns einer kommt – wir helfen!"

Maria Langthaler war eine besondere Frau. Sie besaß eine bewundernswerte Portion zivilen Mutes, die einerseits auf ihrem tiefen Glauben, und andererseits auf reiner Menschlichkeit beruhte. Bereits seit Beginn des Nazi-Regimes verweigerte sie den Hitlergruß, in ihrem Haus hing weder jemals ein Hitler-Bild noch wurde die Hakenkreuzfahne aus dem Fenster des Hauses gehängt. Sie versprach, jeden Tag in die Kirche zu gehen, damit ihre Söhne heil aus dem Krieg nach Hause kommen würden. Keines ihrer Kinder wollte sie für Adolf Hitler opfern.

Die entflohenen Kriegsgefangenen Michail Rjabtschinskij und Nikolai Zemkalo fanden am zweiten Tag nach der Flucht den Weg zum Hof der Familie Langthaler, und Maria nahm sie sofort auf. Ihr Mann Johann gab zu bedenken, dass sie damit die ganze Familie in Gefahr brachten, falls sie entdeckt oder verraten würden. Trotzdem gewährten sie den beiden Unterschlupf auf ihrem Heuboden.

Als das Ehepaar Langthaler am nächsten Tag mit ihrer jüngsten Tochter Anna auf dem Weg zur Kirche war, begegneten sie einem SS-Suchtrupp mit Hunden, der jedes Haus durchsuchte. In Angst und Schrecken versetzt, lief Anna sofort zurück zum Hof, um ihre Schwester Miazl und die zwei Versteckten zu warnen. Dies gelang gerade noch rechtzeitig. Kaum waren Michail

und Nikolai unter dem Heu versteckt und das von ihnen verwendete Geschirr wieder in der Küche, erreichten die SS-Männer den Hof der Familie Langthaler und durchsuchten alles. Dass deren Hunde die beiden im Heu Versteckten nicht fanden, war wie ein Wunder – die Familie Langthaler sagte sich später, es hätte eben so sein sollen, dass wenigstens ein paar der Geflüchteten mit dem Leben davonkamen.

Danach brachten sie Michail und Nikolai auf dem Dachboden ihres Hauses unter, was Ausflüchte gegenüber der SS im Falle, dass die beiden entdeckt wurden, schier unmöglich machte.

Prekäre Situationen ereigneten sich in den nächsten Monaten des Öfteren. Und dabei stand jedes Mal nicht nur das Leben der beiden zum „Freiwild" gewordenen Häftlinge auf dem Spiel, sondern auch das Leben der Familienmitglieder. Eine dieser Situationen entstand, als Michail schwer krank wurde und im Sterben lag. Maria musste entscheiden, was zu tun war. Sie fand heraus, dass Michail Medizinstudent war und ließ sich von ihm den Namen des Medikaments aufschreiben, das ihm helfen konnte. Sofort fuhr sie mit dem Rad zur nächstgelegenen Apotheke nach Mauthausen. Erst dort angekommen, kam ihr in den Sinn, dass das Geschriebene ja Russisch sei. Trotz der Gefahr, vom Apotheker verraten zu werden, gab sie diesem den Zettel. Später stellte sich heraus, dass das Geschriebene Latein war.

Für Maria waren der 23-jährige Michail und der 30-jährige Nikolai wie eigene Kinder. Zu einer ihrer Töchter sagte sie: „Auch auf die beiden warten Mütter." Nicht alle Familienmitglieder erfuhren von den beiden Versteckten, da das Risiko mit jedem Mitwissenden noch größer wurde. Selbstverständlich lebten diejenigen, die Bescheid wussten, in ständiger Angst vor der Entdeckung und den möglichen Folgen, aber sie wollten die beiden unbedingt durchbringen. Schließlich vergingen die drei Monate bis zum Kriegsende ohne Entdeckung. Michail und Nikolai blieben noch einen weiteren Monat, bevor sie nach Hause zurückkehrten.

Das erste Wiedersehen fand erst 19 Jahre nach der Befreiung statt. Ab diesem Zeitpunkt pflegten sie Kontakt durch gegenseitige Besuche.

Anna Hackl, die jüngste Tochter der Familie Langthaler, war damals 14 Jahre alt, und diese Ereignisse prägten sie für ihr weiteres Leben. Einerseits hatte sie miterlebt, zu welch schlimmen Taten Menschen – sogar Freunde und Bekannte – fähig waren, und andererseits hatte sie auch die andere Seite kennengelernt: Menschen, die auf Hilfe angewiesen waren und sich verzweifelt an ihre Mutter wandten, wohl wissend, dass dies ihr Todesurteil sein konnte. Indem Anna ihrer Familie beistand, das Geheimnis über die Versteckten bewahrte, ihnen Essen brachte und mithalf, sie zu verstecken, widersetzte auch sie sich täglich dem gewaltbereiten, gewalttätigen und menschenverachtenden Regime. Und täglich musste sie damit rechnen, deswegen von ihren Eltern getrennt, verschleppt, in ein Konzentrationslager interniert zu werden und dort den Grausamkeiten von Mitmenschen ausgeliefert zu sein. Zum Glück ging jedoch alles gut.

Anna Hackl ist heute stolz auf ihre Eltern, vor allem auf ihre Mutter, denn diese war die treibende Kraft. Sie selbst besucht als Zeitzeugin Schulen und spricht an der Gedenkstätte Mauthausen mit Jugendlichen über ihre Erfahrungen. Dabei hofft sie, einen kleinen Beitrag dafür zu leisten, dass nie wieder so eine schreckliche Zeit wie die des Nationalsozialismus kommt und dass es nie wieder Konzentrationslager gibt.

Nach dem Krieg sagten und sagen BewohnerInnen von Schwertberg und Winden, dass sie damals nur ihre „Pflicht erfüllt" hätten und sie sich deshalb nicht schuldig fühlen – sie hätten dasselbe getan wie alle anderen. Eine typische Frage dieser MitbürgerInnen lautet: **„Was hätten wir denn anderes machen können?"**

Für die Familie Langthaler hingegen lautete die Frage: **„Was hätten wir denn anderes machen können, als diesen beiden zu helfen?"**

KAROLINE ARRER

Karoline Arrer wurde für den Betriebsrats-Award des ÖGB Oberösterreich in der Kategorie „Zivilcourage" nominiert.

Sie ist 24 Jahre alt, hat eine Ausbildung als Grafikerin und arbeitet seit ihrem Schulabschluss bei einer Linzer EDV-Firma. Diese Firma war schon vielfach als innovatives Jungunternehmen ausgezeichnet worden – aber es scheint, als hätte noch keine der Jurys, die dafür verantwortlich waren, hinter die Kulissen geschaut. Ab dem Zeitpunkt, als die MitarbeiterInnen des Unternehmens begannen, ihre Rechte einzufordern und Karoline einen Betriebsrat gründen wollte, also eine gewählte Vertretung für die ArbeitnehmerInnen, war nämlich plötzlich „Schluss mit lustig".

AUSBEUTUNG UND SCHIKANE

Karoline war eine der ersten MitarbeiterInnen, die in das Jungunternehmen eingestiegen waren. Die Zusammenarbeit mit ihrem Chef verlief einwandfrei. Die Firma wuchs schnell, 22 Beschäftigte arbeiteten an EDV-Dienstleistungen für Großkunden. Aber auch die Probleme wuchsen: Überstunden wurden nicht ausbezahlt, Lehrlinge zum „Mistkübelputzen" eingeteilt, Fehler von Vorgesetzten auf andere geschoben. Für Karoline kam nicht in Frage, diese Missstände stillschweigend zu akzeptieren. Gemeinsam mit zwei Kollegen bereitete sie eine Betriebsratswahl vor. Aber ihr war klar, dass es heftigen Gegenwind von der Geschäftsleitung geben würde.

ÜBLE GERÜCHTE

Es war ein Montagmorgen, für den Karoline und ihre beiden Kollegen die Betriebsratswahl angekündigt hatten. Viele MitarbeiterInnen waren von diesem Vorhaben begeistert. Sie freuten sich darüber, dass es jemanden gab, der für sie etwas verbessern wollte und unterschrieben die dafür notwendigen Unterstützungserklärungen. Doch schon nach zwei Stunden sah alles anders aus: Der Chef der Firma begann, seine MitarbeiterInnen einzuschüchtern. Er erzählte ihnen, dass Karoline und ihren beiden Kollegen die Absicht hätten, dem Unternehmen zu schaden, und dass es den Dreien nur um ihren eigenen Vorteil ginge. Einige KollegInnen wollten daraufhin sogar ihre Unterschrift wieder streichen lassen. Karoline wurde der Zugang zur Firmendatenbank gesperrt. Sie bekam Telefonverbot mit der Begründung, dass sie immer nur mit der Gewerkschaft telefoniere. Ihren UnterstützerInnen wurde mit Drohungen Angst eingejagt: „Wer Karoline unterstützt, hat keine Aufstiegsmöglichkeiten mehr, vielleicht nicht einmal eine Zukunft im Unternehmen." Außerdem verbreitete die Geschäftsleitung Lügen über Karoline und warf ihr vor, sie wolle ihre Idee, einen Betriebsrat zu wählen, nun anderen in die Schuhe schieben. Aus Angst um ihren Arbeitsplatz gaben viele KollegInnen auf.

DER RAUSWURF

Mit Karoline selbst führte der Chef kein einziges persönliches Gespräch. Nach fünf Tagen bestellte er sie in sein Büro. Kündigung! Daraufhin hatte sie nur eine halbe Stunde Zeit, ihre Sachen zu packen und sich zu verabschieden. Auf Überstunden und Urlaubsanspruch sollte sie schriftlich verzichten. Karoline weigerte sich.

Die Betriebsratswahl wurde trotzdem eingeleitet. Offiziell war Karoline noch Mitarbeiterin der Firma, weil die Kündigungsfrist eingehalten werden musste. Als sie an der Wahl zum Wahlvorstand – also der konkreten Organisation der Betriebsratswahl – teilnehmen wollte, drohte ihr der Chef mit der Polizei und warf sie hinaus. Ihre beiden Mitstreiter köderte er schließlich mit falschen Versprechungen, und die Betriebsratswahl wurde absagt. „Ein Fehler", sagte Karoline. Denn mittlerweile wurden beide ebenfalls gekündigt. Es nutzte nichts, dass sie klein beigegeben hatten. Der Chef brach sein Wort.

ERFOLG VOR GERICHT

Karoline ließ sich nicht unterkriegen. Mit Unterstützung der Gewerkschaft verklagte sie ihren Ex-Arbeitgeber. Vor Gericht log der Chef und lehnte eine Einigung kategorisch ab. Doch Karoline gewann das Gerichtsverfahren und musste wieder eingestellt werden. „Dann schmeiße ich sie halt am nächsten Tag wieder raus", sagte der Chef im Beisein des Richters. Und genauso kam es auch. An ihrem ersten Arbeitstag zurück in der Firma wurde Karoline ein Platz in einem „Kammerl" zugewiesen, und niemand durfte mit ihr sprechen. Ihr Chef versuchte ihr erneut einzureden, dass sie auf ihre Ansprüche verzichten solle. Aber Karoline blieb standhaft. Die nächste Kündigung folgte, und Karoline klagte erneut.

Inzwischen wollte sie aber nicht mehr bei diesem EDV-Unternehmen arbeiten und suchte einen neuen Job. Wenn sie bei Vorstellungsgesprächen gefragt wurde, warum sie bei der letzten Firma aufgehört hatte, wusste sie nie so recht, was sie antworten sollte. Schließlich

MUTIG SEIN LOHNT SICH

„Wichtig ist für mich, dass ich mich in der Arbeit wohl fühle und da gehört dazu, dass ich fair behandelt werde", sagt Karoline. Sie würde es wieder tun: für ihre Rechte kämpfen und sich wehren, wenn ein Chef Beschäftigte ausnutzt. Natürlich hatte auch Karoline Angst um ihren Job gehabt. „Aber ich lasse mich nicht für blöd verkaufen. Es war mir klar, dass es riskant ist, gegen den Willen eines Unternehmens einen Betriebsrat zu gründen. Aber das Risiko gehe ich gerne ein. Nur weil sich zu viele Menschen einschüchtern lassen, zu viel Respekt vor dem Chef haben, können Unternehmen ihre Mitarbeiter um ihre Rechte betrügen. Wenn alle gemeinsam kämpfen würden, würde das nicht funktionieren", ist Karoline überzeugt.

fasste sie den Entschluss, ehrlich zu erzählen, was passiert war. Ein potenzieller neuer Arbeitgeber fand Gefallen an ihrer Geschichte. Jemand mit dem Mut, sich für seine Rechte und für andere einzusetzen, war bei ihm herzlich willkommen. Karoline hatte den Job.

Stillschweigend zuzuschauen, wenn andere schlecht behandelt werden, alles mit sich machen lassen, das ist nicht ihre Art. Deshalb hat sie ihren Arbeitsplatz verloren. „Aber ich wäre nicht glücklich geworden, wenn ich mir alles gefallen lassen hätte."

Heute hat die EDV-Firma nur noch halb so viele MitarbeiterInnen wie damals, als Karoline dort angestellt war. Der Chef wurde wegen falscher Aussage im Prozess gegen Karoline angezeigt. Karoline hat jetzt einen neuen Job, der ihr Spaß macht. Sie arbeitet in einer Firma, die sich an die Gesetze hält. Und sie wird in ihrer neuen Firma mit Respekt behandelt.

ENGAGIERTE BÜRGERiNNEN DER GEMEINDE RÖTHIS VERHINDERN ABSCHIEBUNG

Zivilcourage hat eine Gruppe engagierter BürgerInnen der Gemeinde Röthis in der Nacht vom 24. auf den 25. Februar 2010 gezeigt: Sie verhinderten die Abschiebung der Familie Durmisi in den Kosovo.

Röthis liegt im Vorarlberger Oberland, zwischen den Marktgemeinden Götzis und Rankweil, und hat knapp 2.000 EinwohnerInnen. In jener Nacht waren etwa 40 von ihnen anwesend, um der Familie Durmisi zu helfen.

Viereinhalb Jahre dauerte das Asylverfahren der Familie Durmisi bereits an. Die Familie gehört der ethnischen Minderheit der Goranen an, die hauptsächlich in Südosteuropa, besonders in den Gebirgsregionen des Kosovo an den Grenzen zu Mazedonien und Albanien, ansässig sind. Sie leben nach dem islamischen Glaubensbekenntnis und werden im Kosovo nach wie vor unterdrückt. Anela und Elvis Durmisi sowie ihre beiden Töchter Aneta und Amina haben sich bemüht, alle Bedingungen für ein humanitäres Bleiberecht in Österreich zu erfüllen: Sie sprechen Deutsch, sie haben bereits unterschriebene Arbeitsverträge und sind in die Ortsgemeinschaft integriert. 350 Unterschriften, die das Bleiberecht der Familie fordern, bestätigen das.

Im September 2009 kam der negative Bescheid des Asylgerichtshofs, und im Februar 2010 wurde auch der Antrag auf ein humanitäres Bleiberecht endgültig abgewiesen. Der einzige Verstoß der Familie gegen die dafür erforderlichen Kriterien war, dass Elvis Durmisi im Jahr 2002 seine in München lebende Mutter besucht hatte. Er besaß kein Visum, wurde erwischt und bekam Aufenthaltsverbot in Deutschland. Damit hat er gegen einen Punkt verstoßen, dessen Einhaltung für das humanitäre Bleiberecht nötig gewesen wäre.

Als der Asylantrag abgelehnt wurde, begannen die beiden Freundinnen von Anela Durmisi, Amrei Rüdisser und Kerstin Vogg, sich für das humanitäre Bleiberecht der Familie einzusetzen. Weder Kerstin Vogg noch Amrei Rüdisser waren bisher politisch aktiv gewesen. Innerhalb eines Jahres sammelten sie in ihrer Heimatgemeinde Röthis 350 Unterschriften für das Bleiberecht der Familie Durmisi. Außerdem schrieben sie Briefe und konsultierten einen Anwalt.

„Manchmal bin ich an meine eigenen Grenzen gestoßen. Neben meiner Arbeit und meinem Kind blieb oft nur noch wenig Zeit", erzählt Kerstin Vogg.

Bis zum 25. Februar 2010 hielten die beiden Frauen ihr Engagement aufrecht. Um zehn Uhr vormittags sollte die Familie Durmisi von Zürich nach Priština überstellt werden. Am späten Nachmittag des Vortages alarmierten Kerstin Vogg und Amrei Rüdisser FreundInnen, JournalistInnen, BürgerInnen der Gemeinde Röthis und ebenso Norbert Mähr, den Bürgermeister. Am Abend des 24. Februar 2010 saßen die drei Freundinnen zusammen und beratschlagten über die weitere Vorgehensweise. Es handelte sich hier um zivilen Ungehorsam, aber die Gesetze wollten sie auf keinen Fall brechen. Eine ihrer Ideen war, die Abschiebung durch Umarmungen so lange wie möglich hinauszuzögern.

Ziviler Ungehorsam geht bis in die Antike zurück und bezeichnet den Versuch der Einfluss-

Bürger vereitelten Abschiebung

Zivilcourage kann Behörden ins Schleudern bringen: Abschiebung kosovarischer Familie in Röthis vereitelt.

Freudentränen nach dem Abzug der Fremdenpolizei: Mitstreiterin Kerstin Vogg (r.) und Ljita Durmisi.

Erleichterung: Mitstreiter und Betroffene fallen sich in die Arme.

RÖTHIS. „Wir werden euch vermissen." Mit Transparenten, auf denen Solidaritätsbekundungen zu lesen waren, hatten sich rund 40 Bürger und Freunde bereits um 4 Uhr früh von Mittwoch auf Donnerstag zur vierköpfigen Familie von Elvis Durmisi in Röthis aufgemacht. Durmisi hätte samt Familie abgeschoben werden sollen, weil gegen ihn im benachbarten Deutschland ein Aufenthaltsverbot besteht. Der Asylgerichtshof hatte die Fremdenpolizei in der Bezirksbehörde Feldkirch mit der Abschiebung der Familie mit einem Kleinkind, das an Husten leidet, beauftragt.

Fremdenpolizei zog wieder ab

Mit einer Solidarität wie jener in Röthis hatten die Behördenvertreter unter der Leitung von Gernot Längle allerdings nicht gerechnet. Selbst der Röthner Bürgermeister Norbert Mähr war im Morgengrauen zu der Familie geeilt und übte heftige Kritik an der „fehlenden Informationspolitik" sowie an der Vorgangsweise der Behörden. Nach sachlich geführten Diskussionen mit Freunden der Familie zogen die Einsatzkräfte unter Applaus unverrichteter Dinge wieder ab.

> „Ich werde mich für den Verbleib der Familie weiter einsetzen"
>
> NORBER MÄHR, BÜRGERMEISTER

Freudentränen & Erleichterung

Er werde sich weiterhin für das Verbleiben „der in Röthis bestens integrierten und beliebten Familie mit ihren Kindern" stark machen, versprach Gemeindeoberhaupt Mähr vor der zweifachen Mutter Anela Durmisi und ihren zwei Töchtern, welche nach Tagen und Nächten der Angst vor der drohenden Abschiebung in den Kosovo Tränen der Freude und Erleichterung nicht mehr zurückhalten konnten.

TONY WALSER
tony.walser@vn.vol.at

Schwärzler verspricht der Familie „derzeit Sicherheit"

HINTERGRÜNDE. Er habe die Sicherheitsdirektion beauftragt, die Hintergründe für das bestehende Aufenthaltsverbot von Elvis Durmisi in der BRD zu erulieren, sagt LR Erich Schwärzler, für den „der Zeitpunkt des Abschubs um 5 Uhr früh eine Fehlentscheidung des Ministeriums" darstellt. In der Folge würden „die Karten neu gemischt" und eine neue Entscheidung getroffen. Bis zu diesem Zeitpunkt befinde sich „die Familie in Sicherheit", verspricht Schwärzler. Es könne durchaus sein, dass nach Vorlage aller Fakten das humanitäre Bleiberecht zum Tragen komme und die Durmisi im Ländle bleiben könne. Und Schwärzler will diesmal Transparenz an den Tag legen: „Eine Abschiebung über Nacht kommt nicht mehr in Frage."

@ mehrwissen.vol.at

Reaktionen. Meinungen der Grünen und Sozialdemokraten zu den Ereignissen in Röthis.

Hatten den Wecker auf 4 Uhr früh gestellt: engagierte Bürger vor der Wohnung der von der Abschiebung bedrohten Familie Durmisi in der Vorderländergemeinde Röthis. FOTOS: VN/STEURER

nahme von BürgerInnen auf politische Entscheidungen. Dabei geht es um die Durchsetzung von BürgerInnen- und Menschenrechten innerhalb einer bestehenden Ordnung.

„Es wäre für mich seltsam gewesen hierzubleiben, während Anela weggehen muss. Was hätte ich denn meinen Kindern erzählen sollen, wenn ihre Freundinnen plötzlich weg sind?", so Amrei Rüdisser.

Kerstin Vogg stimmt ihrer Freundin zu: „Für mich wäre das Vertrauen in die Gesellschaft zerstört, wenn alle nur zugesehen hätten wie Unrecht geschieht."

Kurz vor vier Uhr morgens fanden sich die ersten BürgerInnen vor dem Haus der Familie Durmisi ein. Bis zum Eintreffen des Kleinbusses mit drei Polizisten, die die Abschiebung vollziehen sollten, trafen immer mehr EinwohnerInnen der Gemeinde Röthis ein. Auch aus den umliegenden Orten kamen Menschen, die der Aufruf ebenso erreicht hatte. Die MitbürgerInnen der Familie Durmisi – allen voran Kerstin Vogg und Amrei Rüdisser – diskutierten mit den Polizisten, und versuchten sie zu überzeugen. Telefonate mit Behörden, Politikern und Beamten wurden geführt, unter anderem mit dem Vorarlberger Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler. Auch Bürgermeister Norbert Mähr war anwesend:

„Das ist doch wie im Krieg. In der Nacht auftauchen und eine Familie mitnehmen."

Die Polizisten schwiegen und verwiesen immer wieder auf ihren Auftrag. Trotz aller vorhandenen Emotionen verlief die Aktion gewaltfrei und aggressionslos. Nach etwa einer Stunde wurde die Abschiebung durch die Bezirkshauptmannschaft abgebrochen. Die Argumentation des Abbruchs war, „dass die Verhältnismäßigkeit polizeilichen Handelns nicht mehr gegeben gewesen sei". Erich Schwärzler versprach am nächsten Tag, das Aufenthaltsverbot gegen Elvis Durmisi zu prüfen, und wenn es nicht mehr aufrecht sei solle neu darüber entschieden werden.

Leider wurde das Aufenthaltsverbot bis zum heutigen Tag noch nicht aufgehoben. Aber am 29. März, einen Monat nach der geplanten Abschiebung, erfuhr die Familie Durmisi, dass der Verfassungsgerichtshof der Beschwerde gegen den Asylbescheid aufschiebende Wirkung erteilt hatte. Dies könnte bedeuten, dass die Familie noch eine faire Chance erhält und das Verfahren nochmals aufgerollt wird – im besten Fall.

Die engagierten BürgerInnen der Gemeinde Röthis sind ein hervorragendes und aktuelles Beispiel für zivilcouragiertes Handeln. Denn Zivilcourage ist nötig, um offen die eigene Meinung zu sagen, um einzugreifen, um sich für andere einzusetzen, und um etwas zu verändern.

Umso mehr Bewunderung gebührt Kerstin Voggs Sichtweise:

„Was ist denn so couragiert daran? Ich werde nicht abgeschoben, mir kann doch nichts passieren. Wir möchten nur, dass unsere Freunde hierbleiben."

DANK

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei all den Personen und Organisationen, deren Unterstützung wesentlich zum Gelingen von ZIVIL.COURAGE.WIRKT – Ausstellung & Trainings beigetragen hat.

GANZ BESONDERS DANKEN WIR

unseren ZivilcourageTrainerInnen:
Mag.ª Martina Ferrari
Kathrin Gumpenberger
Tobias Haider
Michael Hollogschwandtner
Andrea Huber, BA
Sara-Lydia Husar
MMag.ª Mishela Ivanova
Ronald Joch
Simone Pühringer
Sabine Schatz
Frederik Schmidsberger
Sarah Stöbich
Anita Sturc

unseren Fördergebern:
ÖGB
BMUKK

den AusbildnerInnen unserer ZivilcourageTrainerInnen:
Prof. Dr.in Margarete Boos
Dipl.-Psych. Ezequiel Fernandes Castelao
Dipl.Soz.w. Malte Schütt

unseren MitarbeiterInnen/UnterstützerInnen/IdeengeberInnen:
Mag.ª Isabella Girstmair
Mag.ª Carmen Janko
Dr.in Verena Kaselitz
Dr.in Revital Ludewig-Kedmi
Mag.ª Sabine Letz
Stefan Maderner
Dipl.Ing. Norbert Mähr
Anita Minicher
Elisabeth Rolzhauser
Amrei Rüdisser
Mag. Marcus Strohmeier
Mag.ª Dagmar Thurnhofer, MBA
Kerstin Vogg
MR Mag. Manfred Wirtitsch

HERZLICHEN DANK!

Willi Mernyi
Vorsitzender
Mauthausen Komitee Österreich

Christa Bauer
Projektkoordinatorin

Quellen

Zivilcourage trainieren! Theorie und Praxis. Kai J. Jonas, Margarete Boos, Veronika Brandstätter (Hg.), Göttingen, 2007

Zivilcourage lernen. Analysen, Modelle, Arbeitshilfen. Gerd Meyer, Ulrich Dovermann, Siegfried Frech, Günther Gugel (Hg.), Baden-Württemberg, 2004

Sophie Scholl. Biographie. Barbara Beuys, Köln, 3. Auflage 2010

Verbotene Hilfe. Deutsche Retterinnen und Retter während des Holocaust. Beate Kosmala, Revital Ludewig-Kedmi, Zürich, 2003

She would not be moved. How we tell the story of Rosa Parks and the Montgomery Bus Boycott. Herbert Kohl, New York, 2005

Rosa Parks. The Mother of the Modern-Day Civil Rights Movement. Biographiq von Filiquarian Pub Llc, o.O., 2008

UnSer (?) Amerika. Austro-amerikanische Blitzlichter im Zuge der US-Wahl 2008. Willi Mernyi, Christa Bauer, Wien, 2008

Die Hatz. Bilder zur Mühlviertler „Hasenjagd". Thomas Karny, Grünbach, 1992

Hasenjagd im Mühlviertel. Roman einer Gegend. Helmut Rizy, St. Wolfgang, 2008

www.vol.at

www.diezeit.de

www.wikipedia.org

www.bpb.de

www.naacp.org

ZIVIL.COURAGE.WIRKT

www.zivilcourage.at